



Land Berlin plant ein neues „Ausreiselager“

Offtmals über Jahre hinweg werden sogenannte „geduldete“ MigrantInnen gezielt in Unsicherheit gehalten. Ein entscheidendes Instrument in der Ausgrenzungs- und Abschiebungspolitik der BRD ist das Lagersystem.

Berlin unterhält sieben vertraglich gebundene Lager, das größte von ihnen liegt in einem Spandauer Industriegebiet, in der Motardstraße. Das Lager Motardstraße erfüllt zwei Funktionen:

Zum einen ist es seit 1998 offiziell eine „Erstaufnahmeeinrichtung“ für AsylbewerberInnen, die maximal drei Monate dort verbringen müssen. Zum anderen erfüllt die Motardstraße die Funktionen eines „Ausreisezentrums“, was das Land jedoch bestreitet.

Das „Ausreisezentrum“ Berlin Motardstraße

Seit 2006 werden dort immer mehr langjährig „geduldete“ MigrantInnen einquartiert. Sie müssen bleiben, bis alle „Sachverhalte geklärt“ sind. Einige müssen dort schon seit über einem Jahr ausharren. Hinter Stacheldraht werden die Leute gezwungen, in fünf Containerklötzen aus grauem Blech, die drei Stockwerke hoch sind, zu wohnen. Eine solche Behausung ist unzumutbar. In der Motardstraße leben zur Zeit mehr als 400 Menschen, die Anzahl der Plätze kann auf bis zu 625 ausgeweitet werden.

Die Einweisung in die Motardstraße bedeutet, dass ihnen die Chance auf eine Teilhabe am sozialen Leben verwehrt ist. Sie bekommen abgepacktes, minderwertiges Essen. Sie schlafen in einem Mehrbettzimmer, auf engstem Raum mit Menschen, die sie nicht kennen. Einen abschließbaren Schrank oder andere Orte für persönliche Dinge gibt es meist nicht. Die Duschen sind nicht abschließbar, die hygienischen Zustände sehr schlecht. Die dort Untergebrachten dürfen zwar das Lager verlassen, aber es liegt in einem Industriegebiet, in dem außer ihnen niemand wohnt. Fahrkarten, um woanders hinzugelangen, und sei es zur Behörde, zur Anwältin oder zur Ärztin, können sie sich ohne Geld nicht kaufen. Wer dennoch nicht auf ein soziales Leben verzichten möchte, bekommt weitere Probleme: Mensch muss ohne Fahrschein fahren, irregulär arbeiten, oder in die Illegalität abtauchen. Wer dabei erwischt wird, verliert jede Chance auf einen legalen Aufenthalt.

Die soziale Abschottung und der Aufbau psychologischen Drucks ist ein gewolltes Ziel des Lagersystems für MigrantInnen: Kein selbstbestimmter Alltag, unklare Perspektiven, das Herauszögern von amtlichen Vorgängen. Das ewige Abwarten-müssen soll die Leute psychologisch fertig machen.

Verantwortlich für die Einweisungen in das Lager Motardstraße sind die Ausländerbehörde des Landes Berlin und die Sozialämter der Bezirke.

Neues „Ausreisezentrum“ geplant

Wie aus einer „kleinen Anfrage“ an das Abgeordnetenhaus hervorgeht, plant das Land Berlin eine zweite sogenannte Sachleistungsunterkunft, vorrangig für Familien. Berlin erweitert damit die behördliche Schikane gegen MigrantInnen.

Tätigkeiten des Bündnis gegen Lager – Berlin/ Brandenburg

In den letzten 2 Jahren haben wir unter anderem Druck auf einige Bezirke ausgeübt. Mit einigem Erfolg: In mehreren Bezirken wurden die Einweisungen verringert. Nach Bekanntwerden der jetzt geplanten Ausweitung der Kapazitäten für eine Unterbringung in einer Sachleistungsunterkunft befürchten wir nun eine verschärfte Einweisungspraxis, sowohl des Landes als auch einiger Bezirke.

Schließung des Lagers Motardstraße!

Kündigung aller Verträge! Keine neue Sachleistungsunterkunft!

Weg mit dem Asylbewerberleistungsgesetz und dem Lagersystem in der BRD und anderswo!

Kapitalismus, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus bekämpfen!

*Bündnis gegen Lager – Berlin/Brandenburg
Kontakt: buendnis_gegen_lager@riseup.net
Infos: www.chipkartenini.squat.net*



Am 15. März wurde der jüdische Friedhof in Neustrelitz beschädigt. Unbekannte rissen das Eingangstor aus den Angeln und stießen Grabsteine um.

Zwischen dem 20. und dem 23. März wurde eine Gedenktafel am Busbahnhof im hessischen Eiterfeld gestohlen, die an eine ehemalige Synagoge erinnerte. In der Nähe des Ortes, wo im Jahr 2005 das 30 mal 40 Zentimeter große Kupfer-

schild angebracht worden war, fanden sich Wahlkampfflyer der NPD.

Zwei Rechtsextremisten beleidigten am 29. März im Stadtteil Adlershof (Berlin) Mitglieder des jüdischen Sportvereins TuS Makkabi bei einem Fußballspiel gegen den Adlershofer BC mit antisemitischen Sprüchen. Einer der beiden erhob seinen Arm zum »Hitlergruß« und grölte Naziparolen, der andere beschimpfte eine

Betreuerin als »Scheißjüdin«. Die 38 und 44 Jahre alten Männer wurden vorläufig festgenommen.

Unbekannte beschädigten eine Stele am Gedenk- und Lehrpfad für das ehemalige Konzentrationslager in Barth (Mecklenburg-Vorpommern). Sie zerkratzten die Fotos eines russischen und eines französischen Häftlings und ritzen eine SS-Rune in ein weiteres Foto, auf dem ein niederländischer

Gefangener abgebildet ist. Die Polizei entdeckte die Tat am 7. April.

Unbekannte haben den Jüdischen Friedhof in Weißensee im Berliner Bezirk Pankow an zwei Nächten in Folge verwüstet. Am Morgen des 30. April entdeckte eine Mitarbeiterin 19 umgestoßene Grabsteine und 13 aus dem Boden gerissene Säulen. Am Morgen des Vortags hatte ein Friedhofsgärtner an anderer Stelle ähnliche

Schäden entdeckt. Nach Angaben der Polizei hatten die Täter dort 23 große Grabsteine und zehn etwa 50 Zentimeter hohe Stelen umgeworfen.

Ein Mitarbeiter des Besucherservices des Denkmals für die ermordeten Juden Europas in Berlin entdeckte am Abend des 22. Mai ein gesprühtes Hakenkreuz auf einer Stele.